

# Staatliche Hilfen im Zusammenhang mit der Coronakrise

Für kleine und mittelständische Handwerksbetriebe hat das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) eine Hotline eingerichtet. Sie unterstützt die Betriebe bei Fragen und informiert über die Instrumente, die derzeit zur Verfügung stehen.

Das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) erreichen Sie unter der Rufnummer

**030/18615-1515**

(erreichbar von Montag bis Freitag von 09:00 bis 17:00 Uhr)

Weitere Informationen finden sich außerdem auch auf der Internetseite des BMWi unter

**<http://www.bmwi.de>** .

Betroffene Betriebe können außerdem auf Unterstützungsinstrumente wie KfW Unternehmer- oder auch ERP-Gründerkredite, Betriebsmittelfinanzierungen über Landesförderinstitute und auch Bürgschaften für Betriebsmittelkredite für Unternehmen mit fehlenden oder nicht ausreichenden banküblichen Sicherheiten (Bürgschaftsbanken, Landesbürgschaften oder parallele Bund-/Länderbürgschaften je nach Umfang des Bürgschaftsbedarfs) zurückgreifen. Zudem gibt es weitere bereits bestehende Stützungsmaßnahmen wie die Entgeltfortzahlung und Krankengeldbezug sowie das Kurzarbeitergeld.

Im Fall von Quarantänemaßnahmen kann zudem auch für nicht erkrankte Arbeitnehmer eine Entgeltfortzahlung gewährt werden.

Bei einigen Maßnahmen im Hilfspaket der Bundesregierung steht die konkrete Ausgestaltung aktuell jedoch noch aus. Es empfiehlt sich daher, die entsprechende Informationsseite des BMWi im Blick zu behalten.

Zu den weiterhin geplanten Maßnahmen im Einzelnen:

**Liquiditätshilfen:** Viele Unternehmen und Betriebe leiden derzeit an unverschuldeten Umsatzrückgängen –entweder aufgrund von Störungen in den Lieferketten oder durch signifikanten Nachfrage-Rückgang in zahlreichen Sektoren unserer Volkswirtschaft. Die Bundesregierung will betroffene Betriebe finanziell unterstützen.

Um die Liquidität bei Unternehmen zu verbessern, werden deswegen die Möglichkeiten zur Stundung von Steuerzahlungen, zur Senkung von Vorauszahlungen und im Bereich der Vollstreckung verbessert. Insgesamt wird den Betrieben die Möglichkeit von Steuerstundungen in Milliardenhöhe gewährt. Die hierfür erforderliche Abstimmung mit den Ländern darüber hat das Bundesministerium der Finanzen bereits eingeleitet.

Im Einzelnen:

- a. Die Gewährung von Stundungen wird erleichtert. Die Finanzbehörden können Steuern stunden, wenn die Einziehung eine erhebliche Härte darstellen würde. Die Finanzverwaltung wird angewiesen, dabei keine strengen Anforderungen zu stellen. Damit wird die Liquidität der Steuerpflichtigen unterstützt, indem der Zeitpunkt der Steuerzahlung hinausgeschoben wird.
- b. Vorauszahlungen können leichter angepasst werden. Sobald klar ist, dass die Einkünfte der Steuerpflichtigen im laufenden Jahr voraussichtlich geringer sein werden, werden die Steuervorauszahlungen unkompliziert und schnell herabgesetzt. Die Liquiditätssituation wird dadurch verbessert.
- c. Auf Vollstreckungsmaßnahmen (z. B. Kontopfändungen) beziehungsweise Säumniszuschläge wird bis zum 31. Dezember 2020 verzichtet, solange der Schuldner einer fälligen Steuerzahlung unmittelbar von den Auswirkungen des Corona-Virus betroffen ist. Bei den Steuern, die von der Zollverwaltung verwaltet werden (z.B. Energiesteuer und Luftverkehrssteuer), ist die Generalzolldirektion angewiesen worden, den Steuerpflichtigen in entsprechender Art und Weise entgegenzukommen. Gleiches gilt für das Bundeszentralamt für Steuern, das bei seiner Zuständigkeit für die Versicherungssteuer und die Umsatzsteuerentsprechend verfahren wird.

Des Weiteren werden die bestehenden Programme für Liquiditätshilfen ausgeweitet, um den Zugang der Betriebe zu günstigen Krediten zu erleichtern. Mit diesen Mitteln können im erheblichen Umfang liquiditätsstärkende Kredite privater Banken mobilisiert werden. Dazu werden unsere etablierten Instrumente zur Flankierung des Kreditangebots der privaten Banken ausgeweitet und für mehr Unternehmen verfügbar gemacht:

- Die Bedingungen für den KfW-Unternehmerkredit (für Bestandsunternehmen) und ERP-Gründerkredit -Universell (für junge Unternehmen unter 5 Jahre) werden gelockert, indem Risikoübernahmen (Haftungsfreistellungen) für Betriebsmittelkredite erhöht und die Instrumente auch für Großunternehmen mit einem Umsatz von bis zu zwei Milliarden Euro (bisher: 500 Millionen Euro) geöffnet werden. Durch höhere Risikoübernahmen in Höhe von bis zu 80% für Betriebsmittelkredite bis 200 Millionen Euro wird die Bereitschaft von Hausbanken für eine Kreditvergabe angeregt.
- Für das Programm für größere Unternehmen wird die bisherige Umsatzgrenze von zwei Milliarden Euro auf 5 Milliarden Euro erhöht. Dieser „KfW Kredit für Wachstum“ wird umgewandelt und künftig für Vorhaben im Wege einer Konsortialfinanzierung ohne Beschränkung auf einen bestimmten Bereich (bisher nur Innovation und Digitalisierung) zur Verfügung gestellt. Die Risikoübernahme wird auf bis zu 70% erhöht (bisher 50%). Hierdurch wird der Zugang von größeren Unternehmen zu Konsortialfinanzierungen erleichtert.
- Für Unternehmen mit mehr als fünf Milliarden Euro Umsatz erfolgt eine Unterstützung wie bisher nach Einzelfallprüfung.

**Kurzarbeitergeld:** Deutschland hat ein starkes System der sozialen Sicherung. Die damit verbundenen automatischen Stabilisatoren stützen die Konjunktur. Die Bundesregierung wird diese Stabilisatoren voll wirken lassen. Unsicherheit und kurzfristige Störungen der Handelsströme sollen nicht dazu führen, dass Beschäftigte

ihren Arbeitsplatz verlieren. Dabei kann die Bundesregierung auf bewährte Instrumente zurückgreifen. Bis Anfang April 2020 wird die Kurzarbeiterregelung zielgerichtet angepasst. Dabei werden erleichterte Zugangsvoraussetzungen für das Kurzarbeitergeld eingeführt:

- Absenkung des Quorums der von Arbeitsausfall betroffenen Beschäftigten im Betrieb auf bis zu 10%
- teilweiser oder vollständiger Verzicht auf Aufbau negativer Arbeitszeitsalden
- Kurzarbeitergeld auch für Leiharbeitnehmer
- vollständige Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge durch die Bundesagentur für Arbeit (BA)

Weitere Informationen erhalten Sie auf der Internetseite der Agentur für Arbeit

**<https://www.arbeitsagentur.de/news/kurzarbeit-wegen-corona-virus>**

oder unter der gebührenfreien Servicenummer der Agentur für Arbeit:

**0800/45555-20.**

Des Weiteren gibt es auf der Internetseite

**<https://www.arbeitsagentur.de/unternehmen/finanziell/kurzarbeitergeld-video>**

auch eine Erklär-Video. Das Video erklärt im ersten Teil, in welchen Fällen Beschäftigte Kurzarbeitergeld erhalten können. Im zweiten Teil wird dargestellt, wie Kurzarbeitergeld angezeigt, beantragt und berechnet wird.

**Bürgschaften:** Bei den Bürgschaftsbanken wird der Bürgschaftshöchstbetrag auf 2,5 Millionen Euro verdoppelt. Der Bund wird seinen Risikoanteil bei den Bürgschaftsbanken um 10% erhöhen, damit die in der Krise schwer einzuschätzenden Risiken leichter geschultert werden können. Die Obergrenze von 35% Betriebsmitteln am Gesamtobligo der Bürgschaftsbanken wird auf 50% erhöht. Um die Liquiditätsbereitstellung zu beschleunigen, eröffnet der Bund die Möglichkeit, dass die Bürgschaftsbanken Bürgschaftsentscheidungen bis zu einem Betrag von 250.000 Euro eigenständig und innerhalb von 3 Tagen treffen können. Das bislang auf Unternehmen in strukturschwachen Regionen beschränkte Großbürgschaftsprogramm (parallele Bund-Länder-Bürgschaften) wird für Unternehmen außerhalb dieser Regionen geöffnet. Der Bund ermöglicht hier die Absicherung von Betriebsmittelfinanzierungen und Investitionen ab einem Bürgschaftsbedarf von 50 Mio. Euro. und mit einer Bürgschaftsquote von bis zu 80%.

Ansprechpartner im Saarland ist die

Bürgschaftsbank Saarland GmbH  
Franz-Josef-Röder-Straße 17  
Telefon: 0681 / 30 33-0  
66119 Saarbrücken  
E-Mail: [info@bbs-saar.de](mailto:info@bbs-saar.de)

Die Anfragen für ein Finanzierungsvorhaben können auch über das Finanzierungsportal der Bürgschaftsbanken gestellt werden. Dieses finden Sie unter der Interadresse:

**<https://finanzierungsportal.ermoeeglicher.de/>**

**Entschädigung nach § 56 Infektionsschutzgesetz (IfSG):** Wer aufgrund des IfSG als Ausscheider, Ansteckungsverdächtiger, Krankheitsverdächtiger oder als sonstiger Träger von Krankheitserregern im Sinne des § 31 Satz 2 IfSG in der Ausübung seiner bisherigen Erwerbstätigkeit einem Tätigkeitsverbot unterliegt oder unterworfen wird und dadurch einen Verdienstaufschlag erleidet, kann eine finanzielle Entschädigung erhalten (§ 56 Abs. 1 IfSG). Antragsberechtigt sind Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Selbstständige und Heimarbeiter. Der Antrag ist innerhalb einer **Frist von drei Monaten** nach Einstellung der verbotenen Tätigkeit oder dem Ende der Absonderung über das zuständige Gesundheitsamt einzureichen beim

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie  
Franz-Josef-Röder-Str. 23  
66119 Saarbrücken.

Das Antragsformular kann bei Ihrem zuständigen Gesundheitsamt angefordert werden bzw. steht auf der Internetseite ([www.soziales.saarland.de](http://www.soziales.saarland.de)) ein entsprechender Download zur Verfügung.